

Antragsnr.	Thema/Antragsteller/Beschluss	Seite
G	Allgemein	
G 001	Änderung der gesetzlichen Grundlagen zur Kranken- und Pflegeversicherung (GKV/GPV) Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Baden-Württemberg Angenommen und Weiterleitung an Bundeskongress.	1
G 004	Antrag zur sogenannten Rechtsvereinfachung des SGB II 2014/2015 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Hessen Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundesvorstand	1
G 005	Rücknahme der Rente mit 67 Jahren und Einführung der Rente mit 63 Jahren! Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Berlin-Brandenburg Angenommen und Weiterleitung an ver.di Kongress	1
G 006	Rücknahme des Gesetzes zum Renteneintritt mit 67 und Wiedereinführung des Renteneintrittsalters mit 65 - verbunden mit der Möglichkeit, nach 40 beitragspflichtigen Tätigkeitsjahren in Rente zu gehen Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Baden-Württemberg Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G 005 und Weiterleitung an ver.di Kongress.	2
G 009	Einführung eines Mindestlohns für alle ArbeitnehmerInnen Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Hessen Angenommen und Weiterleitung an Bundeskongress.	2
G 012	Weg mit den sachgrundlosen Befristungen Landesbezirksfachbereichsvorstand 8 Bayern Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.	2
G 013	Werkverträge gesetzlich regeln und einschränken Landesbezirksfachbereichsvorstand 8 Bayern Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress	2
G 014	Für uneingeschränktes Streikrecht für jede und jeden – für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit! Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Hessen Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress	3
G 017	Tendenzschutzparagrafen abschaffen! Bundesfachgruppenkonferenz Medien Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.	3
G 018	Keine Vorratsdatenspeicherung und Bespitzelung Bundesfachgruppenkonferenz Medien Angenommen und Weiterleitung an ver.di Kongress.	3
G 019	Erstellung eines gesellschaftlichen-gewerkschaftlichen Handlungsrahmens zum Widerstand gegen Umweltzerstörung und Kriege Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Baden-Württemberg Angenommen und Weiterleitung an BK.	3

Antragsnr.	Thema/Antragsteller/Beschluss	Seite
M	Allgemein	
M 001	Journalismus als gemeinnütziger Zweck Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Nordrhein-Westfalen Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an FG Medien und BFBV	5
M 002	Strukturelle Unterfinanzierung der Deutschen Welle beenden. Multilingualität und Stimme der Menschenrechte des deutschen Auslandsrundfunks sichern. Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Nordrhein-Westfalen Angenommen und Weiterleitung an Bundesfachbereichsvorstand.	5
M 004	Pressevielfalt sichern - Presseförderung ausweiten und an Bedingungen knüpfen, die dem Erhalt journalistischer Qualität dienen, Pressestatistik wieder bzw. Medienstatistik einführen Bundesfachgruppenkonferenz Medien Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.	5
M 005	Urheberrecht und angemessene Vergütung auf nationaler sowie auf europäischer Ebene gewährleisten Bundesfachgruppenkonferenz Medien Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress	6
M 006	Arbeitnehmervertretung in Aufsichtsgremien der Tochtergesellschaften der öffentlich-rechtlichen Anstalten Bundesfachgruppenkonferenz Medien Angenommen und Weiterleitung an Bundesfachbereichsvorstand und zusätzlich ver.di BV	6
M 007	Personalvertretungsrechte für arbeitnehmerähnliche Freie Bundesfachgruppenkonferenz Medien Angenommen und Weiterleitung an Bundesfachbereichsvorstand und zusätzlich ver.di BV	7

Antragsnr.	Thema/Antragsteller/Beschluss	Seite
O	Allgemein	
O 001	“Perspektive 2015 - ver.di wächst” - mehr Mitglieder - mehr Macht - mehr Möglichkeiten Bundesfachbereichsvorstand 8 Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.	9
O 004	Zukunft durch Matrix Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Baden-Württemberg Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag O 001 und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.	11
O 005	Zukunft durch Matrix Bezirksfachbereichskonferenz 8 Ostwürttemberg-Ulm Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag O 001 und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.	11
O 006	Jugendarbeit im Fachbereich Schwerpunktplanung 2015-2018 Bundesfachbereichsjugendkonferenz 8 Angenommen und Weiterleitung an Bundesfachbereichsvorstand.	11
O 007	Keine Hetze gegen Streikende. Hände weg von der Tarifautonomie Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Baden-Württemberg Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.	12
O 008	Bildungsmaßnahmen gehören in die Bildungsstätten - für den Erhalt aller Bildungsstätten - das Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK) in Lage-Hörste als unser Haus sichern Bundesfachgruppenkonferenz Verlage, Druck und Papier Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress und Gewerkschaftsrat.	12
O 009	Künstlerische Leitung art.is Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Berlin-Brandenburg Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesfachbereichsvorstand.	13
I 001	Wirtschaft 4.0 - Industrie 4.0 - Dienstleistung 4.0 Peter Soellner, Claudia Hollweg-Hacker, Wolfgang Kienzle, Thomas Feilen, Paula Gottschalg und weitere Delegierte der Bundesfachbereichskonferenz Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand	13

Antragsnr.	Thema/Antragsteller/Beschluss	Seite
T	Allgemein	
T 001	Tarifpolitik in der Medienwirtschaft – Bessere Arbeitsbedingungen, Trendwende bei Tarifierhöhungen, Menschen und nicht Technik schaffen Qualität der Medien Bundesfachgruppenkonferenz Medien Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Tarifkommissionen.	15
I 002	Spitzentänzer brauchen Spitzentarif! Lars Kalkbrenner, Matthias Träger, Ralf Olbricht, Susanne Stracke-Neumann, Constanze Lindemann und weitere Delegierte der Bundesfachbereichskonferenz FB 8 Angenommen	15

G 001 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Baden-Württemberg

Änderung der gesetzlichen Grundlagen zur Kranken- und Pflegeversicherung (GKV/GPV)

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, auf die Bundesregierung und die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien mit dem Ziel einzuwirken, gesetzlichen Grundlagen für mehr Gerechtigkeit in der GKV und GPV zu schaffen.

Künftig sollen alle BürgerInnen im neuen Gesundheitssystem die gleichen Rechte und Pflichten haben. Es sollen alle Einkommensarten einbezogen werden.

Eine neue GKV und GPV muss Teil einer Bürgerversicherung sein die staatlich organisiert und getragen wird.

Die Leistungen dieses Krankenversicherungssystems müssen so gestaltet werden, dass eine ausreichende Versorgung in allen Bereichen eine Zusatzversicherung nicht nötig macht. Die in den letzten Jahren gemachten Einschränkungen der Leistungen der GKV müssen rückgängig gemacht werden.

Die beitragsfreie Mitversicherung von Familienmitgliedern ohne Einkommen muss Versicherungsstandard sein. Die Arzneimittelpreise sind an das niedrigste europäische Niveau anzupassen und mit einem MwSt.-Satz von 7 Prozent zu belegen.

Der Gesundheitsfonds ist neu zu strukturieren. Die Verbandsstrukturen von Bundes-, Landes- und Krankenversicherungen sind zu straffen und teilweise abzuschaffen.

Erforderlich ist ein System mit mehr Transparenz für die Patienten. Abrechnungen von ärztlichen Leistungen zwischen Arzt, Patient und Krankenkasse sollen verständlicher beschrieben werden.

Das Sterbegeld, welches seit dem 1. Januar 2004 ersatzlos gestrichen wurde, ist wieder einzuführen.

Angenommen und Weiterleitung an Bundeskongress.

G 004 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Hessen

Antrag zur sogenannten Rechtsvereinfachung des SGB II 2014/2015

Der ver.di-Bundesvorstand wird aufgefordert, die angestrebte „Rechtsvereinfachung“ des SGB II (Hartz IV) auf seine arbeitnehmerrechtliche und normativ-sozialstaatliche Substanz zu überprüfen und dazu öffentlichkeitswirksam kritisch Stellung zu nehmen.

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundesvorstand

G 005 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Berlin-Brandenburg

Rücknahme der Rente mit 67 Jahren und Einführung der Rente mit 63 Jahren!

ver.di setzt sich auf allen Ebenen weiterhin ein für die Rücknahme des Gesetzes zum Renteneintritt mit 67 Jahren und der Wiedereinführung des gesetzlichen Renteneintrittsalters mit 65 Jahren.

Gleichzeitig fordern wir die Einführung der „Rente mit 63“ als eigene Altersrentenart und nicht als zeitlich be-

fristete Sonderregelung zur bereits bestehenden „Altersrente für besonders langjährig Versicherte“ (§ 38, SGB VI).

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Kongress

G 006 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Baden-Württemberg

Rücknahme des Gesetzes zum Renteneintritt mit 67 und Wiedereinführung des Renteneintrittsalters mit 65 - verbunden mit der Möglichkeit, nach 40 beitragspflichtigen Tätigkeitsjahren in Rente zu gehen

ver.di setzt sich für die Rücknahme des Gesetzes zum Renteneintritt mit 67 und die Wiedereinführung des gesetzlichen Renteneintrittsalters mit 65 ein.

Gleichzeitig soll die Möglichkeit gegeben sein, nach 40 sozialversicherungspflichtigen Jahren abschlagsfrei in Rente zu gehen.

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G 005 und Weiterleitung an ver.di Kongress.

G 009 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Hessen

Einführung eines Mindestlohns für alle ArbeitnehmerInnen

ver.di fordert die schnellstmögliche Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf zunächst 10 Euro und den Wegfall aller Ausnahmeregelungen. Danach muss eine jährliche Anpassung mindestens orientiert an der Entwicklung des Lohnindex erfolgen.

Angenommen und Weiterleitung an Bundeskongress.

G 012 Landesbezirksfachbereichsvorstand 8 Bayern

Weg mit den sachgrundlosen Befristungen

ver.di fordert den Gesetzgeber dazu auf, die sachgrundlose (kalendermäßige) Befristung von Arbeitsverträgen nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz abzuschaffen.

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.

G 013 Landesbezirksfachbereichsvorstand 8 Bayern

Werkverträge gesetzlich regeln und einschränken

Die um sich greifende Praxis, mittels Werkverträgen einen neuen Niedriglohnsektor zu schaffen, muss neu gesetzlich geregelt und damit eingeschränkt werden. Dabei müssen die Werkvertragsnehmer/innen (Erfüllungsgehilfen) im Bestellerbetrieb voll umfänglich der Zuständigkeit der Betriebsräte unterstellt und analog der Regelungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nach dem Grundsatz von „equal pay“ bezahlt werden. Die Übernahme von Tätigkeiten der Stammebelegschaft – d.h. von Tätigkeiten, die bisher innerhalb einer Pro-

duktion von eigenem Personal des Bestellers ausgeführt würden – muss ausgeschlossen werden, um Lohn-dumping und die Zersplitterung von Belegschaften zu verhindern.

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress

G 014 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Hessen

Für uneingeschränktes Streikrecht für jede und jeden – für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit!

Wir fordern alle Gewerkschaftsmitglieder und ver.di-Gremien auf, die ganze Kraft unserer Gewerkschaft einzusetzen, um die geplante Gesetzesinitiative der Bunderegierung zur sog. Tarifeinheit zu verhindern.

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress

G 017 Bundesfachgruppenkonferenz Medien

Tendenzschutzparagrafen abschaffen!

ver.di fordert von der Politik die Abschaffung der Tendenzschutzparagrafen in der Betriebsverfassung und im Unternehmensrecht (Arbeitnehmervereiner im Aufsichtsrat). Zur Durchsetzung dieser Forderung wird ver.di außer Aktionen in den Betrieben und der Öffentlichkeit auch eine Initiative für eine Online-Petition an den Bundestag starten, um dieses Thema wieder in den Fokus der Politik zu rücken.

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.

G 018 Bundesfachgruppenkonferenz Medien

Keine Vorratsdatenspeicherung und Bespitzelung

ver.di lehnt die Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten und die Bespitzelung durch in- und ausländische Geheimdienste ab. ver.di setzt sich ein für abhörfreie Kommunikationsnetze und frei zugängliche leicht handhabbare Verschlüsselungssoftware zum Schutz privater Kommunikation.

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Kongress.

G 019 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Baden-Württemberg

Erstellung eines gesellschaftlichen-gewerkschaftlichen Handlungsrahmens zum Widerstand gegen Umweltzerstörung und Kriege

Die ver.di-Fachbereichsvorstände, die Gesamtorganisation ver.di sowie der DGB werden aufgefordert, einen Handlungsrahmen zu erstellen, an dem sich die Gewerkschaftsmitglieder orientieren können und in dem sich gesellschaftlicher Widerstand entwickeln kann.

Gegen die katastrophale Umweltzerstörung, bedingt durch industrielle Wachstums- und Profitgier und damit zusammenhängende Wirtschaftskriege als Folge, muss gewerkschaftliche Gegenwehr bis hin zu politischen Streiks organisiert werden.

Die Gewerkschaften müssen unbedingt Hand in Hand mit der Friedens- und Umweltbewegung zusammenarbeiten (z.B. Organisation, Koordination von Demos oder Forderungen gegen Fracking, Atomkraft oder imperialistische Kriege aufstellen), weil dies im Interesse der Beschäftigten ist. Was nützt uns eine nur auf Tarife ausgerichtete Politik, wenn die Welt um uns zusammenbricht. ver.di sollte ihr gesellschaftspolitisches Profil schärfen.

Angenommen und Weiterleitung an BK.

M 001 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Nordrhein-Westfalen

Journalismus als gemeinnütziger Zweck

Der Landesbezirksvorstand Nordrhein-Westfalen und der Bundesfachbereichsvorstand Medien, Kunst und Industrie wirken politisch darauf hin, dass Journalismus als gemeinnütziger Zweck in die entsprechende Abgabenordnung aufgenommen wird.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an FG Medien und BFBV

M 002 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Nordrhein-Westfalen

Strukturelle Unterfinanzierung der Deutschen Welle beenden. Multilingualität und Stimme der Menschenrechte des deutschen Auslandsrundfunks sichern.

Die Bundesfachbereichskonferenz fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, die dauerhafte Finanzierung der Deutschen Welle (DW) sicherzustellen und die strukturelle Unterfinanzierung des deutschen Auslandsrundfunks langfristig zu beenden. Die Multilingualität der DW muss erhalten bleiben. Die DW braucht Planungssicherheit.

Angenommen und Weiterleitung an Bundesfachbereichsvorstand.

M 004 Bundesfachgruppenkonferenz Medien

Pressevielfalt sichern - Presseförderung ausweiten und an Bedingungen knüpfen, die dem Erhalt journalistischer Qualität dienen, Pressestatistik wieder bzw. Medienstatistik einführen

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) unterstützt Stiftungen, Initiativen und politische Vorstöße, die die Vielfalt und Qualität der Presse als Voraussetzung einer funktionsfähigen Demokratie über Fördermechanismen stärken. Die Förderung darf nicht wie der bereits bestehende abgesenkte Mehrwertsteuersatz auf Printprodukte nach dem „Gießkannenprinzip“ als Subvention ausschließlich für die Verlage eingesetzt werden. Presseförderung hat dem digitalen Wandel der Medienbranche entsprechend unabhängig vom Vertriebskanal journalistische Produkte zu stärken und den Zusammenhang zwischen den Arbeits-, Ausbildungs- und Vergütungsbedingungen und der Qualität der Inhalte nachvollziehen, um letztere zu stärken.

ver.di setzt sich bei der Bundesregierung dafür ein, ihr im Koalitionsvertrag angekündigtes Vorhaben der Einführung einer Medienstatistik, die an Stelle der 1996 abgeschafften Pressestatistik treten soll, in die Tat umzusetzen.

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.

M 005 Bundesfachgruppenkonferenz Medien

Urheberrecht und angemessene Vergütung auf nationaler sowie auf europäischer Ebene gewährleisten

Der ver.di-Bundeskongress fordert den nationalen Gesetzgeber dazu auf, etwaige urheberrechtliche Regelungen so zu gestalten, dass:

1. die Rechte der schöpferisch Tätigen nicht angetastet werden;
2. eine angemessene Vergütung der kreativ Tätigen für jede Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke und Darbietungen gesichert ist;
3. die Durchsetzbarkeit der jeweiligen Rechte durch den Einzelnen / die Einzelne und / oder Interessenverbände tatsächlich gewährleistet ist;
4. neue Schrankenbestimmungen im Urheberrechtsgesetz nur dort geschaffen werden, wo eine unabwendbare Notwendigkeit dazu besteht und andere Mittel nicht greifen würden, wobei in jedem Fall der Grundsatz einer angemessenen Vergütung beachtet werden muss;
5. Modelle unscharfer Freistellungsregelungen wie „fair use“ verhindert werden;
6. bei der Umsetzung der Verwertungsgesellschaftsrichtlinie (Richtlinie 2014/26/EU) der Bedeutung der in Deutschland agierenden Verwertungsgesellschaften für die Interessen der Urheberinnen und Urheber Rechnung getragen wird und dass keine Regulierung erfolgt, die die Funktionsfähigkeit dieser Verwertungsgesellschaften einschränkt;
7. vorrangig bei der Umsetzung der Richtlinie die Defizite behoben werden, die seit dem „Zweiten Korb“ bei der Durchsetzung von Vergütungen für privates Kopieren („Geräteabgabe“) entstanden sind.

Der ver.di-Bundeskongress fordert den europäischen Gesetzgeber dazu auf, etwaige urheberrechtliche Regelungen so zu gestalten, dass:

1. Ausgangspunkt jedweder gesetzgeberischen Überlegung die Interessen des Urhebers / der Urheberin sind;
2. das Schutzniveau des deutschen Urheberrechts gewahrt bleibt;
3. eine Annäherung an das System des „Copyrights“ vermieden wird und der Leitgedanke des kontinental-europäischen Urheberrechts vom Urheberpersönlichkeitsrecht gewahrt bleibt.

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress

M 006 Bundesfachgruppenkonferenz Medien

Arbeitnehmervertretung in Aufsichtsgremien der Tochtergesellschaften der öffentlich-rechtlichen Anstalten

Der ver.di-Bundesvorstand, der Bundesfachbereichsvorstand Medien, Kunst und Industrie, der Bundesfachgruppenvorstand Medien und die Senderverbände der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten setzen sich politisch dafür ein, dass die Belegschaften von Tochtergesellschaften, an denen die Sender mehrheitlich beteiligt sind, in den Aufsichtsgremien dieser Tochterunternehmen mit Sitz und Stimme vertreten sind.

Angenommen und Weiterleitung an Bundesfachbereichsvorstand und zusätzlich ver.di BV

M 007 Bundesfachgruppenkonferenz Medien

Personalvertretungsrechte für arbeitnehmerähnliche Freie

Der ver.di-Bundesvorstand, der Bundesfachbereichsvorstand Medien, Kunst und Industrie, der Bundesfachgruppenvorstand Medien und die Senderverbände der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten setzen sich dafür ein, dass arbeitnehmerähnliche Freie (§12a Tarifvertragsgesetz) bei Personalratswahlen aktives und passives Wahlrecht haben.

Die jeweiligen Personalvertretungsgesetze sollen analog auch für arbeitnehmerähnliche Freie gelten. Andere gesetzliche Regelungen, die dem entgegenstehen, müssen entsprechend angepasst werden.

Angenommen und Weiterleitung an Bundesfachbereichsvorstand und zusätzlich ver.di BV

“Perspektive 2015 - ver.di wächst” - mehr Mitglieder - mehr Macht - mehr Möglichkeiten

Der ver.di Bundeskongress möge folgende Grundsätze zu Perspektive 2015 beschließen. Diese sollen bei der anstehenden Evaluierung der Piloten in Niedersachsen Bremen und Bayern besonders berücksichtigt werden:

1. Die Stärkung der kollektiven Gewerkschaftsarbeit, insbesondere der Betriebs- und Tarifarbeit setzt eine enge Verzahnung zwischen IMB (individuelle Mitgliederarbeit) und KMB (Kollektive Betriebs- und Tarifarbeit) durch direkte Information und Kommunikation voraus. Die durch die Verbesserung und Weiterentwicklung der individuellen Beratung und Betreuung von Einzelmitgliedern geplanten freiwerdenden Ressourcen müssen zeitnah der kollektiven Gewerkschaftsarbeit zur Verfügung stehen.

Im Konzept zur Umsetzung Perspektive 2015 soll die individuelle Mitgliederarbeit ausgebaut und verstärkt werden. Die Einzelmitgliederberatung soll verbessert und Standards gesetzt werden. Das ist notwendig und richtig. Daraus darf jedoch keine einseitige Orientierung auf eine Einzelmitgliederbetreuung und Beratung zu Lasten der kollektiven Betriebs- und Tarifarbeit entstehen. Eine funktionierende enge Verzahnung von IMB und KMB durch direkte Information und Kommunikation ist unabdingbare Voraussetzung.

Damit die zugrundegelegten zusätzlichen Ressourcen für die kollektive Betriebs- und Tarifarbeit entstehen können, müssen alle Möglichkeiten einer effektiven und verbesserten Einzelberatung ausgeschöpft werden. Dabei soll von den bereits vorhandenen, erfolgreichen Beratungsnetzen gelernt werden. Insbesondere sind die Erfahrungen von mediafon (Beratungsnetzwerk für Freie und Selbstständige) beim Aufbau von IMB gezielt einzubeziehen und auszubauen.

Personelle und finanzielle Ressourcen können nur einmal verteilt werden. Vor dem Hintergrund der knappen personellen Ressourcen in den Fachbereichen, der häufigen Zuständigkeit von einem/einer Sekretär/in für mehrere Bezirke/Fachbereiche, muss die Priorität in der kollektiven Gestaltung der Branchen, Berufs-, Arbeits-, Tarif- und Betriebspolitik als zentralem Feld der Mitgliederbindung und -gewinnung gelegt werden. Die Umschichtung von personellen und finanziellen Ressourcen von Fachbereichen in die Teams Recht und Beratung muss für die Fachbereiche tragbar sein. Eine Abgabe von Ressourcen an IMB ohne dass eine spürbare Entlastung für die Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen entsteht, würde dem Ziel der Verbesserung der kollektiven Interessenvertretungsarbeit und systematische Mitgliederbindung und -gewinnung entgegenstehen.

Deshalb sollen alle Arbeitsvorhaben, Aktivitäten und Maßnahmen in IMB immer wieder daraufhin überprüft werden, ob sie zur gezielten Mitgliederbindung und -entwicklung und zur Stärkung der gewerkschaftlichen Durchsetzungskraft beitragen.

2. Flexibilität erhalten bzw. ausbauen

Alle Vorschläge zur Verbesserung der Arbeits- und Handlungsfähigkeit in Perspektive 2015 müssen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Branchenbedingungen und Entwicklungen unterschiedlicher Organisationsbedingungen sowie den finanziellen und personellen Ressourcen der Fachbereiche entwickelt werden. Sie müssen sich daran messen lassen, ob sie die aktive Mitgliedergewinnung und gewerkschaftliche Betriebspolitik befördern oder behindern. Dabei müssen die Sicherung und der Ausbau der berufs- und branchen-nahen Gewerkschaftsarbeit als zentrales Handlungsfeld gewerkschaftlichen Arbeitens höchste Priorität haben – an ihr hängen die betriebliche und tarifpolitische Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Organisation.

Berufs-, Betriebs-, Branchen- und Tarifpolitik sind Schlüsselthemen zur Gewinnung und Bindung von Mitgliedern. Deshalb muss sich die Ressourcenverteilung in der Organisation daran orientieren. Fachbereich ist nicht gleich Fachbereich. Unterschiedliche Branchenstrukturen und -entwicklungen, unterschiedliche Interes-

sen und Bedürfnisse von Mitglieder- und Zielgruppen in den Fachbereichen müssen Grundlage für die Weiterentwicklung von ver.di sein.

Das Finden von spezifischen Lösungsansätzen schafft die Grundlage dafür, dass ver.di für alle handlungs- und durchsetzungsfähig bleibt bzw. wird und wir unsere betriebliche und gesellschaftspolitische Gestaltungskraft ausbauen können.

- Für die Stabilisierung von strategisch wichtigen Betrieben oder zur Erschließung der sog. weißen Flecken bzw. Zielgruppen müssen finanzielle und personelle Ressourcen bereit gestellt werden – das gilt insbesondere für finanzschwächere Fachbereiche und/oder für aus Gründen von Branchennähe/-überschneidungen notwendigen Fachbereichskooperationen. Diese mittelfristigen, zukunftssträchtigen Investitionsentscheidungen sind unabdingbar.
- Die branchen- und betriebspolitische Fachkompetenz - Fachlichkeit als unverzichtbares Strukturelement in ver.di - hat vor dem Hintergrund der dynamischen Branchenentwicklungen und der immer komplexer werdenden Handlungsanforderungen absolute Priorität.
- Die Arbeit und Interessenvertretung von und für Solo-Selbstständige als integraler Bestandteil der kollektiven Arbeit ist unerlässlich.
- Der Ausbau der Unternehmens- und Konzernarbeit wird als strategisches Handlungsfeld im Rahmen der zunehmend wichtiger werdenden europäischen und internationalen Arbeit gesehen und umgesetzt.
- Mit dem Ziel einer schnelleren und effizienteren Aktions- und Reaktionsfähigkeit auf Entscheidungen der Unternehmen müssen gewerkschaftliche Informations- und Kommunikationsstrukturen verbessert werden.

3. Die zielgruppen- und branchenorientierte Bildungsarbeit für Betriebs- und Personalräte muss strategisch weiterentwickelt werden - Nachwuchsarbeit ausbauen

- Weiterentwicklung der zielgruppenorientierten Qualifizierung für Betriebs- und Personalräte, JAVen (freigestellte Betriebs- u. Personalräte, neu gewählte BRs und PRs, Betriebsräte in gewerkschaftsfernen Bereichen).
- Systematische Weiterentwicklung des branchenspezifischen Seminarangebots.
- Inhouse-Seminare zu maßgeschneiderten Themenschwerpunkten für Betriebs und Personalräte.
- Weiterentwicklung der Seminarangebote für EBR's, GBR/KBR- Gremien.
- Stärkere Verzahnung von fachlicher Qualifizierung und Qualifizierung, um betriebliche Prozesse mit den Kolleginnen und Kollegen gestalten zu können.
- Weiterentwicklung der Grundlagenbildung für neu gewählte Interessenvertretungen.
- Ausbau der betriebsnahen Bildungsarbeit im Sinne einer aktiven Nachwuchsförderung für Aktive im Betrieb.

4. Führungsstrukturen und -verantwortlichkeiten für die kollektive Betriebs- und Tarifarbeit

Wir befürworten die klare Zuweisung der Verantwortung der Kollektiven Betriebs- und Tarifarbeit in den Fachbereichen. Die strategische Steuerungsebene und Steuerungsfunktion einschließlich des fachlichen Weisungsrechts für die Berufs-, Betriebs-, Branchen- und Tarifpolitik in den Fachbereichen liegen beim Bundesfachbereich und den Landesfachbereichen. Nur eine an strategischen Zielen ausgerichtete Betriebs-, Branchen- und Tarifpolitik, die im Fachbereiches abgestimmt wird, kann verbindliche Arbeitsplanungen mit Schwerpunktsetzungen sowie regelmäßigem Controlling garantieren. Das ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine abgestimmte, zentrale und regionale Umsetzung der Vorhaben.

Eine weitere Herausforderung ist die wachsende Zahl der überregionalen und zum Teil international agierenden Konzerne. Zunehmend müssen Bezirksfachbereichsekretär/innen europaweit aufgestellte Konzerne betreuen. Die fachlich/inhaltlichen und strategischen Anforderungen wachsen. Sie erfordern den Einsatz von kompetenten haupt- und ehrenamtlichen Funktionär/innen. Die systematische Verzahnung und Aufgabenteilung zwischen Bundesfachbereich und Landesfachbereichen/Bezirksfachbereichen ist hier zwingende Voraussetzung für ergebnisorientiertes Handeln.

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.

O 004 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Baden-Württemberg

Zukunft durch Matrix

Wir fordern die Beibehaltung und Sicherung der Matrix in der jetzigen Form.

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag O 001 und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.

O 005 Bezirksfachbereichskonferenz 8 Ostwürttemberg-Ulm

Zukunft durch Matrix

Wir fordern die Beibehaltung und Sicherung der Matrix in der jetzigen Form.

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag O 001 und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.

O 006 Bundesfachbereichsjugendkonferenz 8

Jugendarbeit im Fachbereich Schwerpunktplanung 2015-2018

Die Nachwuchsförderung muss ernst genommen werden und eine gut geübte, tägliche Aufgabe sein. Das Thema Jugend muss Eingang finden in die alltägliche Arbeit des Fachbereichs und der einzelnen Fachgruppen. Für all dies ist es unumgänglich, die Jugendarbeit von nun an grundsätzlich auf allen Ebenen betrieblich wie im Studium zu verankern.

Die Nachwuchsarbeit ist ein wichtiger Punkt der gewerkschaftspolitischen Tätigkeit, nur durch das Heranführen von jüngeren Kolleginnen und Kollegen an die Werte und Wichtigkeit des gewerkschaftlichen Engagement kann eine auf Dauer angelegte, aktive, starke Gewerkschaftsarbeit gewährleistet werden.

Für eine aktive Fachbereichsjugend reichen allerdings Lippenbekenntnisse wie wichtig der Nachwuchs sei nicht aus, vielmehr müssen junge Kolleginnen und Kollegen aktiv angesprochen werden und ihnen die Möglichkeit eröffnet werden, sich aktiv in die Arbeit des Fachbereichs einzubringen. Dies darf nicht nur über die Mandate in den Landesfachbereichsvorständen möglich sein.

Um eine bessere Struktur der Jugendarbeit und damit mehr Jugendliche und Auszubildende im Fachbereich zu erreichen, muss sie mehr Raum in der Arbeitsplanung und der alltäglichen Arbeit einnehmen.

Die Basis ist die Betreuung der Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Betrieben sowie der Hochschulgruppen. Der erste Schritt hier ist die Ansprache von Auszubildenden und jungen Beschäftigten. Die alle zwei Jahre stattfindenden Wahlen der JAVen müssen in die Arbeitsplanungen der Sekretäre aufgenommen werden. Ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen sollen in Ansprache geschult werden und die Mitglieder der JAV auf die Branchenseminare orientieren.

Als eine weitere Möglichkeit zur Ansprache werden die jugendrelevanten Tarifrunden genutzt. Die Ansprache und Werbung von Auszubildenden ist hier das Ziel. Zur Erreichung von diesem werden Auszubildende explizit nach ihren Forderungen zur Tarifrunde befragt. Die Jugendmandate in den Tarifkommissionen sollen besetzt werden und darüber hinaus muss eine tatsächliche Mitarbeit möglich sein. Jugendtarifarbeit wird ein eigener Punkt in jeder Planung einer Tarifrunde im Fachbereich.

In allen Landesbezirksfachbereichen sind Jugendfachkreise oder andere Möglichkeiten zu Mitarbeit und Engagement einzurichten. Hier sollen Azubis und junge Beschäftigte die Möglichkeit bekommen über ihre Themen zu sprechen. Auch fachbereichsspezifische JAV- Arbeitskreise sind denkbar.

Der Bundesfachbereichsjugendfachkreis setzt sich aus Vertretern der Landesbezirke zusammen. Seine Aufgabe besteht in der Vernetzung der Landesfachbereiche und der Bearbeitung von übergreifenden Themen. Er entsendet die Vertreter in den Bundesfachbereichsvorstand.

Angenommen und Weiterleitung an Bundesfachbereichsvorstand.

○ 007 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Baden-Württemberg

Keine Hetze gegen Streikende. Hände weg von der Tarifautonomie

ver.di distanziert sich von der Hetzkampagne, die 2014 von den Medien und Regierungsparteien losgetreten wurde, um den GDL-Arbeitskampf zu diffamieren.

ver.di nimmt nicht hin, dass die Anti-Streikkampagne gegen die GDL helfen soll, ein Tarifeinheitsgesetz durchzusetzen, das die verfassungsmäßig verbrieften Rechte von Lohnabhängigen beschneidet und faktisch die Koalitionsfreiheit abschafft.

Eine einheitliche und solidarische Interessenvertretung aller Beschäftigten eines Betriebes muss von den Gewerkschaften in eigener Autonomie realisiert werden. ver.di lehnt staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie ab.

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress.

○ 008 Bundesfachgruppenkonferenz Verlage, Druck und Papier

Bildungsmaßnahmen gehören in die Bildungsstätten - für den Erhalt aller Bildungsstätten - das Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK) in Lage-Hörste als unser Haus sichern

Alle ver.di-Gliederungen und die Bildungsträger werden aufgefordert, ihre mehrtägigen Bildungsveranstaltungen in den Bildungszentren von ver.di durchzuführen – das Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK) in Lage-Hörste muss als unsere Bildungsstätte dauerhaft gesichert bleiben.

Angenommen und Weiterleitung an ver.di Bundeskongress und Gewerkschaftsrat.

O Allgemeine Organisationspolitik/ver.di intern
Allgemein

O 009 Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Berlin-Brandenburg

Künstlerische Leitung art.is

Der Bundesvorstand der Fachgruppe Bildende Kunst ist in die Besetzung der künstlerischen Leitung von art.is aktiv einzubeziehen.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesfachbereichsvorstand.

I 001 Peter Soellner, Claudia Hollweg-Hacker, Wolfgang Kienzle, Thomas Feilen, Paula Gottschalg und weitere Delegierte der Bundesfachbereichskonferenz

Wirtschaft 4.0 - Industrie 4.0 - Dienstleistung 4.0

Ver.di wird aufgefordert, sich aktiv mit den Gewerkschaften im DGB im Prozess des digitalen Wandels einzubringen, ihren Organisationsbereich zu festigen und auszubauen.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

T 001 Bundesfachgruppenkonferenz Medien

Tarifpolitik in der Medienwirtschaft – Bessere Arbeitsbedingungen, Trendwende bei Tariferhöhungen, Menschen und nicht Technik schaffen Qualität der Medien

Die Tarifgremien in der Fachgruppe Medien und im Bundesfachbereich 8 werden aufgefordert, bei der Aufstellung von Tarifforderungen und Entwicklung der Tarifverträge einerseits die materiellen Inhalte weiterhin ambitioniert voranzutreiben und andererseits die qualitativen Arbeitsbedingungen in der Medienwirtschaft zu verbessern.

Zu behandelnde Themen sollten sein:

- wirksame Entgeltsteigerungen (Gehälter, Honorare, Gagen) mindestens entsprechend den durchschnittlichen Tariferhöhungen;
- Stärkung und Ausbau von 12a-Tarifverträgen, um arbeitnehmerähnlichen Freien Sozialleistungen und umfassenden Tarifschutz zu verschaffen;
- Kampf gegen Tariffucht und prekäre Beschäftigungsformen durch Retarifierung;
- Sicherung und Ausbau der manteltariflichen Leistungen, um Arbeit in Medienunternehmen attraktiv zu gestalten:
 - Tarifregelungen für die Altersvorsorge, bei Krankheit oder Schutzregelungen für Auszeiten im Laufe der verschiedenen Lebensphasen,
 - wirkungsvolle Begrenzung von Arbeitsvolumen und -zeiten,
 - biografieorientierte Arbeitsgestaltung,
 - berufsbegleitende Qualifikation,
 - gesundheitsfördernde Ausgestaltung zunehmend komplexerer und technisierter Arbeitsabläufe („getting off if you want, not always on“);
- Elemente mitgliederorientierter Tarifarbeit, die solche Themen steuern, vermitteln und erfolgreich voranbringen können;
- Ausbau verschiedenster Aktionsformen, um schon vor dem Streik Bündnispartner und Unterstützer zu gewinnen, die am Thema „Qualität der Medien hat ihren Preis“ mitwirken.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Tarifkommissionen.

I 002 Lars Kalkbrenner, Matthias Träger, Ralf Olbricht, Susanne Stracke-Neumann, Constanze Lindemann und weitere Delegierte der Bundesfachbereichskonferenz FB 8

Spitzentänzer brauchen Spitzentarif!

Der ver.di Bundesfachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie unterstützt ausdrücklich die Forderungen der Tänzerinnen und Tänzer des Staatsballetts Berlin nach einem modernen, eigenständigen Haustarifvertrag. ver.di sollte das gesamte Gewicht der Organisation in die Waagschale werfen, um die Aufnahmen von Verhandlungen mit der Geschäftsführung des Staatsballetts und dem Bühnenverein durchzusetzen. Wünsch-

chenswert wäre, dass sich der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und dessen Stellvertreter Frank Werneke persönlich in die politische Debatte einmischen. Im Hintergrund geht es darum, dass sich ver.di auch als Gewerkschaft für Künstlerinnen und Künstler bewährt.

Angenommen